

## **Traum und Wirklichkeit in der Drogenpolitik – Zum nationalen Gedenktag für verstorbene Drogengebraucherinnen und Drogengebraucher**

Liebe Leserinnen und Leser,

heute ist der 21. Juli 2010. Der jährliche Gedenktag für verstorbene Drogengebraucherinnen und Drogengebraucher. Wussten Sie das?

Ich stelle mir die Fragen: Wie etabliert ist dieser Jahrestag inzwischen in unseren Köpfen? Schon bei allen? Oder nur bei denen, die sich für die gleichberechtigte Akzeptanz legaler und sogenannter illegaler Drogen einsetzen?



Oder setzen wir alle uns nur dann mit dem Thema Drogen auseinander, wenn uns im Alltag offensichtlich drogengebrauchende Menschen konkret begegnen? Wenn wir Situationen erleben, die wir zunächst nicht verstehen können – oder verstehen wollen? Wie auch immer hier die Realität aussieht, will ich den Gedenktag zum Anlass nehmen, über die "Eigenheiten" des Arbeitsfeldes Drogen nachzudenken.

Ob drogenpolitische Veränderungen oder neue Unterstützungsangebote vor Ort eine Verbesserung der Lebenssituation für drogengebrauchende Menschen nach sich ziehen, ist oft gar nicht so leicht abzuschätzen. Gut gemeintes Handeln führt keineswegs immer zu guten Ergebnissen. Der Frust über nicht erreichte Ziele ist dann vorprogrammiert.

So ist der Bundestagsbeschluss zum Aufbau und zur Behandlung eines bedarfsgerechten Vor-Ort-Angebots zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung für schwerstopiatabhängige Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Doch die konkrete Umsetzungsrichtlinie ist ein fast ebenso großer Schritt zurück. Die in der Richtlinie enthaltenen Voraussetzungen sind so kompliziert, dass der Weg nach vorne nur getrippelt und nicht mit Siebenmeilenstiefeln beschriftet werden kann.

Die Technik "Zwei Schritt vor, ein Schritt zurück" ist ein Phänomen, dass wir in den letzten 25 Jahren immer wieder beobachten mussten. Warum ist es den in der Drogenpolitik Engagierten, Aidshilfe eingeschlossen, nicht gelungen, Erfolge schneller zu erreichen?

Der Konsum von Drogen gehört zum Menschsein dazu. Jede Gesellschaft muss sich daher entscheiden, in welcher Form sie den Drogengebrauch zulässt. In Deutschland, und natürlich auch in anderen Ländern, hat man sich dafür entschieden, die Zulässigkeit auch über die Substanz selbst zu definieren. Was die meisten Menschen eint, ist also die Einnahme von Drogen. Was sie trennt, ist die Substanz: Hier die akzeptierte Gesellschaftsdroge mit hohen steuerlichen Einnahmemöglichkeiten (z.B. Alkohol, Nikotin), dort ein Leben mit der Illegalität (z.B. Heroin, Kokain) mit allen oft brutalen Folgen.

Da diese strukturelle Trennung kaum zu kreativen Lösungen führt, muss die Modernisierung der Drogenpolitik im Alltag erfolgen - dort, wo sich Menschen dem von der Illegalisierung produzierten Elend nicht entziehen wollen. Seit ich Vorstand bin, sind mir viele Unverdrossene aus Drogenselbsthilfen, Elterninitiativen, Aidshilfen und Drogenhilfen, aus der Wissenschaft, aus kommunalen Strukturen und der Polizei begegnet, die unermüdlich für die Verbesserung der Lebenssituation Drogengebrauchender aktiv sind. Sie reduzieren ihr Gegenüber nicht auf den Junkie, die anschaffende Heroinabhängige oder den straffällig gewordenen Kiffer. Sie setzen sich dafür ein, dass gesundheitliche Risiken minimiert werden und Beschaffungskriminalität entfallen kann.

Dabei dürfen alle Engagierten nicht zimperlich sein, denn immer wieder sind institutionelle oder persönliche Rückschläge zu verkraften: Endlich überzeugte Kooperationspartner wechseln die Stelle - und der Weg beginnt wieder von vorne. Oder: Die Förderung der Drogenselbsthilfe des Landes wird gestrichen. Oder: Angestellte niedrighschwelliger Einrichtungen werden in die kriminelle Ecke gestellt und strafrechtlich verfolgt.

([http://www.welt.de/print-welt/article362375/Die\\_Ehre\\_eines\\_Polizeidirektors.html](http://www.welt.de/print-welt/article362375/Die_Ehre_eines_Polizeidirektors.html))

Wenn wir als Aidshilfe eine menschenwürdige Drogenpolitik verwirklichen wollen, wenn wir eine vielseitige und flächendeckende Angebotspalette als Ziel erstreiten wollen, dürfen wir uns von solchen Hürden nicht beirren lassen. Im Gegenteil: Wir müssen unsere Vor-Ort-Angebote immer weiter entwickeln. Wir müssen politisch aktiv bleiben. Wir müssen mit Bürgerinnen und Bürgern im Dialog bleiben. Wir können mit unserem Engagement ideologische Gräben zwischen Abstinenzangebot und Niedrighschwelligkeit überwinden.

Und - das schreibe ich hier aus Überzeugung - wir müssen unsere Kräfte und unsere Stärken besser mit denen anderer bündeln. Es wäre schon ein Gewinn, wenn alle Engagierten im Bereich der freien Träger intensiver zusammenarbeiten würden, um die Quali-

tät der Angebote voranzubringen und politische Forderungen effektiver zu artikulieren. Die Wohlfahrtsverbände bieten dafür eine Plattform, die nachhaltig genutzt werden sollte.

Rückblickend auf die vergangenen 25 Jahre und im Sinne derer, der wir heute gedenken, wünsche ich mir, dass die Aidshilfen und ihre Kooperationspartner nicht nachlassen, in einem sicher schwierigen Aufgabenfeld ihre Stimme laut und deutlich für eine moderne und lebensnahe Drogenpolitik zu erheben!

Wie lange werde wir noch warten müssen, bis der 21. Juli als Gedenktag in allen Köpfen verstanden, gestaltet und gelebt wird?

Klaus-Peter Schäfer

Stellvertretender Landesvorsitzender